

Spandauer Zeitung

Einzelnnummer 10 Pfennig.

Bezugspreis: Wöchentlich 26 Pf. und 4 Pfennig für Postlohn. Beim Bezug durch die Postanstalten für den Monat 1,80 M. auschl. Bestellgeld. — In Falle von Betriebsstörung, Streik oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Schwabach & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Kahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. Kahn, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amthliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuenhofer Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen: Wöchentlich: „Spand. Wirtsch. Zeitung“, „Spand. Roman-Zeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinrentner“, „Reise u. Verkehr“, 14 tägl.: „Die bunte Woche“, „Film“.

Anzeigenpreise: Die gewöhnl. Kolonnenzeile oder deren Raum 26 Pf., die dreizehnte 1,80 M. — Massenanzeigen bedingt Sonderaufschlag. — Beilagengebühr 20 Pf. für das Land, 25 Pf. für den Ort. — Keine Gebühr für Erklärungen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Ehemaliger Preisnachlass erlischt bei gerichtlicher Einziehung und Konkurs. — Gerichtsstand Spandau. — Bankkonten: D. D. Bank, Droßitten-Rasse Spandau; Spandauer Bank, Spandau. — Postfach-Konto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

Nummer 58.*

Donnerstag, 9. März 1933.

40. Jahrgang.

Flottenmanöver im Stillen Ozean.

Von Clemens Franz Hünefeld.

Zweimal überraschte der japanische Admiral Togo die ganze Welt. Zulezt, als er an sich beim Tode des Kaisers Mutshihito die uns Westländern unbegreifliche, grauenhafte Sitte des Harakiri vollzog, und zum ersten Male, als er am 8. Februar 1904 ohne vorangegangene Kriegserklärung die in Port Arthur versammelte russische Flotte durch einen Torpedoangriff außer Gefecht setzte. Japan sicherte sich so die ungehörte Landung seiner Streitkräfte auf dem asiatischen Festlande und gewann nun den bis dahin an Ausdehnung der Schlachten und an Einfluß von Menschenmassen größten Krieg der Weltgeschichte. Der Sieg heizte sich an die Fahnen des Landes der glühend aufgehenden Sonne, weil Japan einen Präventivkrieg wagte. Tokio errang den Vorteil des ersten Schlages durch die diplomatische List des Abbruchs der Beziehungen zu Rußland am 5. Februar.

Präventivkriege werden zuweilen aus sittlichen Gründen abgelehnt. In der Politik entscheiden aber nicht Gefühle, sondern sachliche Notwendigkeiten. Sie hatten im Ernstfalle ebendiesem meist der sittlichen Kritik stand. Wäre es von Friedrich dem Großen etwa sittlich wertvoller gewesen, erst die Rüstungsvollendung seiner Gegner abzuwarten und auf die wirkungsvolle Bekämpfung Sachjens zu Beginn des siebenjährigen Krieges zu verzichten? Der König handelte und hätte vor dem Beginn des Weltkrieges ebenfalls zu einer Zeit gehandelt, als die späteren Kriegsgegner Deutschlands noch an ihrer Rüstung arbeiteten, zum Kriege aber schon fest entschlossen waren. Was nützte Deutschland seine höhere Sittlichkeit und seine menschlich wertvolle und großartige Weigerung, loszuschlagen, als seine Ueberlegenheit noch sicher war? Der Krieg kam und brachte uns den vielleicht ebenfalls eigentlich schon entscheidenden Nachteil — erinnert sei an die plötzliche Reize zweier Armeekorps während der Marne-Schlacht aus dem Westen nach dem Osten — der Vollenbung des russischen Aufmarsches, so daß in den ersten Schlachten sogar schon sibirische Regimenter eingreifen konnten. Eine der Grundoraussetzungen des Zweifrontenkrieges, die Beschwerlichkeit des russischen Aufmarsches, nötigte nun den deutschen Oberbefehl zu jenen Entschlüssen, in denen die Kriegskritik die Wurzel des für uns unglücklichen Kriegsausganges erblickt. Und obendrein erkannte man die deutsche Sittlichkeit nicht an, sondern suchte uns auch noch die Schuld am Kriegsausbruch zuzuwählen.

Japans Politik von heute wird ganz sicher bedenkenswerter gefühlt als die Deutschlands von gestern. Ein japanischer Präventivkrieg gegen die Vereinigten Staaten gilt deshalb nicht als ausgeschlossen. Es gibt wenige Tatsachen, die noch wichtiger für einen Frieden Japans mit Amerika sprechen, wie die 2-Milliarden-Mark-Ausfuhr des ostasiatischen Inselreiches nach den USA. Höher als die Wirtschaft stehen Japan jedoch seine nationalen Entwicklungsnotwendigkeiten. Die Washingtoner Marineleitung erklärte vor kurzem präherlich nicht nur, daß die amerikanische Flotte auch in diesem Jahr mit allen Schlachteinheiten im Stillen Ozean bleibt, sondern spielte außerdem noch mit dem Gedanken der Abhaltung von Marinemanövern im Bereich der Philippinen.

Japan beantwortete diese Herausforderung in schlechthin grausam-ironischer Art mit der Ankündigung von Flottenübungen im Gebiet von Nanjo-Cho. Das ist das riesenhafte Mandatsgebiet im Stillen Ozean, Mikronesien, die Inselwelt der Palau, Marianen, Karolinen und Marshallinseln, die einst unter deutscher Flagge standen. Völkerbundsmandat! Schön, aber Japan ließ niemals einen Zweifel, daß es die Inselwelt nicht wieder herausgibt. Jensei verlangt jährlich einen Beitrag, in dem unter anderem mitgeteilt werden muß, daß die Bevölkerung dieser 1450 Inseln nicht militärisch ausgebildet und die Inseln nicht besetzt werden. Japan erfüllt seine Berichtspflicht, wie es in der Befolgung der Völkerbundsformalitäten stets sehr eifrig war. Es tut auch den 50 000 Inselanern nichts Böses, schuf sich aber einen Marinestützpunkt nach dem andern und stellte das ganze Gebiet unter die Militärverwaltung.

England, dem die Flottenstellung Japans in diesem Mandat gegen Britisch-Malaya und Singapur, ferner gegen seine nördlichen und wichtigsten Verbindungen nach Australien und Neuseeland höchst unbequem ist, sparte in Genf nicht um peinlichen Fragen, und Japan diente mit ebenso nichtisagenden wie beruhigenden Antworten. Was aber soll Amerika erst sagen? Seine Verbindungen zu den Philippinen führen mitten durch das Mandatsgebiet, und damit ist seine Bereitschaft zur Verfestigung des einst den Spaniern geraubten Landes genügend einleuchtend erklärt. Aber schlummert! Die japanischen Marinestützpunkte auf den östlichen Inselgruppen liegen in der Flanke jeder amerikanischen Verbindung im Stillen Ozean und kürzen den Weg nach Hawaii für Japan auf ein Drittel. Können die Amerikaner wirklich zu Flottenübungen nach den Phi-

Feierlicher Staatsakt der Reichstagsöffnung.

Voraussichtlich am 21. März. — Weitertagung in der Krolloper.

Berlin, 9. März. Der Reichskanzler hat mit dem Reichspräsidenten Göring und dem Reichsminister des Innern, Dr. Frick, die Garnisonkirche in Potsdam besucht, um sich über die Vorbereitungen für den anlässlich der Eröffnung des Reichstages dort stattfindenden feierlichen Staatsakt mit den in Betracht kommenden kirchlichen und staatlichen Stellen zu besprechen. Im Anschluß an diesen Besuch wurden der Lange Stall in Potsdam, dann die Krolloper in Berlin besichtigt, die beide für die Plenarsitzungen des Reichstages in die engere Wahl kamen. Die Entscheidung fiel zugunsten der Krolloper. Der Zusammentritt des Reichstages soll möglichst beschleunigt werden. Es ist anzunehmen, daß die Eröffnung voraussichtlich am 21. März stattfinden wird.

Die Eröffnung wird sich diesmal in ganz anderen Formen vollziehen, als es bisher üblich gewesen ist. Nicht nur, daß wegen der schändlichen Brandstiftung im Reichstagsgebäude ein anderer Ort für die Eröffnungssitzung gewählt werden muß, sondern der ganze Rahmen der Eröffnungssitzung wird sich sehr wesentlich von dem früheren unterscheiden. Die eigentliche Eröffnungssitzung und die laufenden Tagungen des Reichstages werden in den Räumen der Krolloper stattfinden. In der Potsdamer Garnisonkirche, an der historischen Stätte über der Gruft des großen Preußenkönigs, wird diesen ordentlichen Verhandlungen des Reichstages ein feierlicher Staatsakt vorangehen, nachdem in der Potsdamer Nikolaiskirche und der katholischen Stadtpfarrkirche Eröffnungsgottesdienste für die Abgeordneten der beiden Bekenntnisse abgehalten worden sind. An dem Gottesdienst in der Nikolaiskirche wird der Reichspräsident teilnehmen. Nach Beendigung der Gottesdienste ziehen die Teilnehmer in ge-

schlossenen Zügen unter dem Geläut aller Glocken Potsdams in die Garnisonkirche.

Der Reichspräsident wird dann persönlich den neuen Reichstag begrüßen und dem Reichskanzler das Wort zur Regierungserklärung erteilen. Damit ist eine völlig neue Form für die Eröffnung des Reichstages gewählt worden, ähnlich der Eröffnung des Reichstages im kaiserlichen Deutschland durch die Thronrede des Kaisers und der des englischen Parlamentes durch diejenige des Königs. Es wird das erstmal sein, daß Reichspräsident von Hindenburg aus einem solchen Anlaß in Reichstage erscheint, nachdem er bisher überhaupt nur nach seiner ersten Wahl zu seiner Verteidigung an einer feierlichen Reichstags-Sitzung teilgenommen hat. Man sieht in dieser Tatsache, daß nicht das älteste Mitglied, sondern das Staatsoberhaupt, verkörpert durch die Persönlichkeit des greisen Feldmarschalls, die neue Volkvertretung eröffnet, ein Symbol für die Vereinheitlichung der Willensbildung der beiden Träger der Staatsgewalt, Reichspräsident und Reichstag. Der gleiche Gedanke kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Reichskanzler die Regierungserklärung abgeben wird, bevor die formale Konstituierung des Reichstages erfolgt ist.

Anschließend an den Staatsakt begibt sich der Reichspräsident allein in die Gruft, wo er zwischen den Särgen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen einen Lorbeerzweig niederlegt. Darauf schreitet der Reichspräsident vor der Kirche die Front der Ehrenkompanie ab. Hieran schließt sich ein Vorbeimarsch der Ehrenkompanie. Nach Abschluß der Feiertage in Potsdam begeben sich Reichsregierung und Abgeordnete zur Eröffnungssitzung nach Berlin.

Gibt Paris seinen konstruktiven Abrüstungsplan auf?

Paris, 9. März. Das Letztglückchen des französischen konstruktiven Abrüstungsplanes wird bereits heute von einem angelegenen französischen Blatt, dem nationalistischen und militaristischen „Echo de Paris“, gelächelt. Es schreibt, vom französischen Plan zur Organisierung des Friedens besetze überhaupt nichts mehr. Der gegenseitige Bestand sei die Seele des Planes gewesen; er erscheine jetzt als undurchführbar. Innerhalb des Hauptausführliehen sei jetzt der Augenblick gekommen, da der französische Vertreter kein Jage. Wenn man die französische Armee ansteife, schließt der Artikel, dann taste man den Frieden an.

Die Reise MacDonaldis nach Paris und Genf.

London, 9. März.

In einem Leitartikel zur Reise MacDonaldis und Sir John Simons nach Paris und Genf warnt „Times“ vor Mißverständnissen, die sich aus dem „geographischen Zufall“ ergeben könnten, daß die Hauptstadt Frankreichs auf halbem Wege zwischen London und Genf liege. Das Blatt, das anscheinend nicht verstehen kann, daß Deutschland und Italien in der Abrüstungsfrage kein Interesse an der Ausarbeitung irgendeiner den Schein währenden freundlichen Formel haben, sondern auf redliche Einlösung des auf der Versailler Konferenz gegebenen Abrüstungsversprechens durch den Abrüstungsausschuß dringen müssen, gibt in einem unerbittlich gereizten Ton seinem Bedauern über das Zerstreiben der

führenden Staatsmänner Italiens und Deutschlands Ausdruck. Von dem Abschluß eines vorläufigen Paktes oder einer vorherigen Vereinbarung zwischen der französischen und der britischen Regierung sei, führt „Times“ dann fort, selbstverständlich keine Rede. Der einzige Schaden, der aus der morgigen Begegnung entstehen könnte, würde darin bestehen, daß sie falsch aufgefaßt wird. Eine Meinung zu verfehlter Auffassung sei bereits in Italien bemerkbar, aber wenn die Hauptstadt Italiens auf dem Wege nach Genf läge, so würde ein Besuch mit größter Bereitwilligkeit gemacht worden sein. Selbst unter den jetzigen Umständen sollte eine gelegentliche Zusammenkunft in Turin oder Mailand oder einer anderen norditalienischen Stadt möglich sein, zu der sich der italienische Ministerpräsident ohne Schwierigkeiten begeben könnte. Nichts würde in England und den anderen Ländern mit größerer Wärme begrüßt worden sein, als wenn das Oberhaupt Italiens ebenso wie das Oberhaupt der deutschen Regierung in der Lage gewesen wären, persönlich anwesend zu sein. Da beide sich in anderem Sinne entschieden haben, müßten sie auch, wie das Blatt glaubt, vorbeugend bemerken zu sollen, die Verantwortung dafür tragen, wenn der Anschein entstehe, daß irgendwelche von den bevorstehenden Genfer Beratungen einen Beigeschmack von Einseitigkeit erhalten. Eine Meldung, daß der italienische Botschafter Grandi bei seiner Abreise nach Rom einen persönlichen Brief MacDonaldis an Mussolini mitgenommen habe, in dem letzterer aufgefordert werde, nach Genf zu kommen, wird von amtlicher englischer Seite für unzutreffend erklärt.

lippinen, dann wäre das wohl die unwiderruflich letzte Reise ihrer stolzen Schiffe. Die Japaner würden sie niemals wieder herauslassen.

Was wird aber geschehen, wenn die japanische Flotte triegsmäßig im Mandatsbereich aufmarschiert? Und wenn die Vorhut von jenen Unterseekreuzern gebildet wird, die sogar schon vom Mutterlande aus eigener Kraft nach dem Panamakanal und zurückfahren können? Das sind Fragen, die von der amerikanischen Marineleitung auf Geheiß oder Verderben beantwortet werden müssen. Japan weiß, was es will, Amerika nur was es möchte. Washington redet, Tokio handelt. Das ist die gelbe Gefahr! Sie nährt sich aus der falschen Weltpolitik der Weissen, aus Versailles, das im Stillen Ozean zu einer Katastrophenquelle für die Vereinigten Staaten wird. Wann begreift man das in Washington?

Reichsbankausweis vom 7. März.

Berlin, 9. März. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. März 1933 hat sich in der verfloßenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Kommandos und Effekten um 50,6 Millionen auf 3089,3 Millionen

Mark verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 7,6 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen. Die fremden Gelder zeigen mit 336,2 Millionen Mark eine Abnahme um 66,2 Millionen Mark. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 70,6 Millionen auf 850,3 Millionen Mark vermindert. In einzelnen haben die Goldbestände um 19,3 Millionen auf 739,7 Millionen Mark und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 51,3 Millionen auf 100,6 Millionen Mark abgenommen. Die Verminderung der Deckungsmittel ist auf die bereits bekannte Rückzahlung auf den Reduktionkredit der Reichsbank zurückzuführen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 7. März 25,8 vom Hundert gegen 27,4 vom Hundert am 1. Februar dieses Jahres.

NSDAP. gegen Schließung von Geschäften.

Düsseldorf, 9. März. Die Pressestelle der Regierung in Düsseldorf teilt mit: In Essen, Duisburg-Hamborn und einigen kleineren Orten am Niederrhein zwangen Nationalsozialisten Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Konsumantallen und jüdische Geschäfte, zu schließen. Die nationalsozialistische Gewerkschaft hat sofort die erforderlichen Schritte unternommen, um das eigenmächtige ungesetzliche Vorgehen zu unterbinden.